



VERTEILUNG IN POSTKÄSTEN SV ^{Ratsinfo} SVV 28.02.	
AM:	27.02.2018
SVV-BÜRO:	kr
VERTEILUNG VERWALTUNG	
AM:	27.02.2018
SVV-BÜRO:	kr

26.02.2018

HAUSMITTEILUNG

von: FB I
über: Bürgermeister 
an: Stadtverordnete, FBL I-IV, BC/BL, Pressesprecherin, Marketingbeauftragter
zusätzlich: Presse (extern)

Austausch Anlage zur BV0034/2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund eines redaktionellen Fehlers, übergeben wir Ihnen in der Anlage die zutreffende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018.

Es wurde fälschlicherweise die Haushaltssatzung vom 06.12.2017 als Anlage zur o.g. Beschlussvorlage in den Umlauf gegeben.

Wir bitten die Unannehmlichkeiten zu entschuldigen.


J. Benesch
Fachbereichsleiterin

**Entwurf
Haushaltssatzung
der Stadt Hennigsdorf für das Haushaltsjahr 2018**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hennigsdorf hat in ihrer Sitzung am 28.02.2018 auf der Grundlage der §§ 3, 65 und 67 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl. I/07, [Nr. 19], S.286), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10.07.2014 (GVBl. I/14, [Nr. 32]) folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wird

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem Gesamtbetrag

ordentlicher Erträge auf	53.493.600 EUR
ordentlicher Aufwendungen auf	56.395.300 EUR
außerordentlicher Erträge auf	306.000 EUR
außerordentlicher Aufwendungen auf	306.000 EUR

2. im **Finanzhaushalt** mit dem Gesamtbetrag

Einzahlungen auf	64.298.100 EUR
Auszahlungen auf	67.555.900 EUR

festgesetzt.

Von den Einzahlungen und Auszahlungen entfallen auf:

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	50.896.200 EUR
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	50.007.200 EUR
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	13.401.900 EUR
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	17.024.200 EUR
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	0 EUR
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	524.500 EUR
Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0 EUR
Auszahlungen an Liquiditätsreserven	0 EUR

§ 2

Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen werden nicht festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen** zur Leistung von Investitionsauszahlungen und Auszahlungen für Investitionsfördermaßnahmen in künftigen Haushaltsjahren wird auf

1.740.000 EUR

festgesetzt.

§ 4

Die **Steuersätze für die Realsteuern** werden für das Haushaltsjahr wie folgt festgesetzt:

- | | |
|---|-----------|
| 1. Grundsteuer | |
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 230 v. H. |
| b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) | 410 v. H. |
| 2. Gewerbesteuer | 380 v. H. |

§ 5

1. Erträge und Aufwendungen, die auf unvorhersehbaren, seltenen und ungewöhnlichen Vorgängen von wesentlicher finanzieller Bedeutung beruhen und Erträge und Aufwendungen aus der Veräußerung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten, Bauten und Finanzanlagevermögen sind „außerordentliche Erträge“ bzw. „außerordentliche Aufwendungen“.
Die Wertgrenze, ab der außerordentliche Erträge und Aufwendungen als für die Stadt Hennigsdorf von wesentlicher Bedeutung angesehen werden, wird auf 50.000 EUR festgesetzt.
2. Die Wertgrenze für die insgesamt erforderlichen Auszahlungen, ab der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Finanzhaushalt einzeln darzustellen sind, wird auf 30.000 EUR festgesetzt.
3. Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sind nur zulässig, wenn sie unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist. Sind die Aufwendungen und Auszahlungen erheblich, so hat die Stadtverordnetenversammlung darüber zu entscheiden. Nicht zahlungswirksam werdende Aufwendungen, insbesondere die bilanziellen Abschreibungen sind im Sinne des § 70 der BbgKVerf grundsätzlich nicht als erheblich anzusehen.

Die Wertgrenzen, ab der überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen erheblich sind, werden

im Ergebnishaushalt

bei überplanmäßigen Aufwendungen je Budget auf 150.000 EUR

und bei außerplanmäßigen Aufwendungen je Budget auf festgesetzt. 75.000 EUR

im Finanzhaushalt

bei überplanmäßigen Auszahlungen je Budget auf 150.000 EUR

und bei außerplanmäßigen Auszahlungen je Budget auf festgesetzt. 75.000 EUR

festgesetzt.

4. Die Wertgrenzen, ab der eine **Nachtragssatzung** zu erlassen ist, werden bei

a) der Entstehung eines Fehlbetrages des ordentlichen Ergebnisses gegenüber dem Plan auf 1.000.000 EUR

und

b) bei bisher nicht veranschlagten oder zusätzlichen Einzelaufwendungen oder Einzelauszahlungen auf festgesetzt. 1.000.000 EUR

§ 6

entfällt

§ 7

entfällt

Hennigsdorf,

Th. Günther
Bürgermeister